

Erwachsenenbildung soll gleichwertiger Teil im Bildungssystem sein

📅 24.01.2024 🕒 07:30

Österreich/Erwachsenenbildung/Finanzen/Wachter

Vorsitzender der Konferenz der Österreichischen Erwachsenenbildung, Wachter, zum Welttag der Bildung: Ein Prozent des Bildungsbudgets für Erwachsenenbildung vorsehen

Wien, 24.01.2024 (KAP) Für eine Aufwertung der Erwachsenenbildung gegenüber den beiden anderen "Säulen" im österreichischen Bildungssystem - Schule und Universität - hat sich der Vorsitzende der Konferenz der Österreichischen Erwachsenenbildung (KEBÖ), Bernd Wachter, ausgesprochen. In einer Aussendung zum von der UNO ausgerufenen Welttag der Bildung am Mittwoch (24. Jänner) forderte er, ein Prozent des Bildungsbudgets für die Erwachsenenbildung vorzusehen und damit einen Schritt in Richtung Gleichwertigkeit zu setzen. Ziel müsse die deutliche Verringerung bestehender Bildungsdefizite durch mehr Augenmerk auf Erwachsene sein, so Wachter, der auch Geschäftsführer im Forum Katholischer Erwachsenenbildung in Österreich ist.

"Die Erwachsenenbildung ermöglichte 2022 mehr als zwei Millionen Menschen in unserem Land persönliche und berufliche Weiterentwicklung durch gezielte Bildungsmaßnahmen", wies der Bildungsexperte hin. Damit leiste Erwachsenenbildung einen wesentlichen Beitrag zur Verringerung der Bildungsdefizite sowie zur Integration und sozialem Zusammenhalt. Die Stärken der gemeinnützigen Erwachsenenbildung liegen laut Wachter in einem kontinuierlichen, flächendeckenden und kostengünstigen Angebot in ganz Österreich: "Wir erreichen mit unseren Bildungsangeboten Menschen bis in die kleinste Zelle eines Dorfes, und wir machen Bildungsarbeit, um gesellschaftliche und politische Teilhabe zu ermöglichen."

Laut dem KEBÖ-Vorsitzenden braucht es ein klares Bekenntnis des Bundes zur Erwachsenenbildung als "unverzichtbarem und gleichwertigem Bestandteil des österreichischen Bildungssystems". Dem müsse die Bereitschaft entsprechen, die gesamtösterreichische Erwachsenenbildung bei der Erbringung ihrer Leistungen und bei der Weiterentwicklung zu unterstützen.

Weiters schlug Wachter als dringend notwendig vor, die Bundeskompetenz für die Erwachsenenbildung gesetzlich festzuschreiben, das Bildungsministerium für das lebensbegleitende Lernen zuständig zu machen und die nationale Finanzierung für Bildungsmaßnahmen als Voraussetzung für die Inanspruchnahme europäischer Mittel sicherzustellen. Für die überwiegend nebenberuflichen Lehrenden gelte es verwaltungstechnisch praktikable abgabenrechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen.

Großes wird mit kleinen Mitteln geleistet

Wachter hob hervor, dass die Erwachsenenbildung mit geringen Mitteln "Großes" auf die Beine stelle. "Das ist den engagierten Bildungseinrichtungen sowie den in der Erwachsenenbildung tätigen Lehrenden zu verdanken. Viele arbeiten aber in prekären Situationen, und das liegt letztlich an der Unterfinanzierung unseres Sektors."

"Notwendigkeit, kein Hobby"

Freude äußerte der KEBÖ-Vorsitzende darüber, dass zeitnah wieder ein zweijähriger Fördervertrag für die Erwachsenenbildung unterschrieben werden könne. Er dankte dafür Bildungsminister Martin Polaschek und hielt gleichzeitig fest, dass deutlich mehr Mittel benötigt würden. Lebenslanges Lernen sei in hochkomplexen Gesellschaften "eine Selbstverständlichkeit geworden" und benötigt laut Wachter auch entsprechende Rahmenbedingungen: "Das ist kein Hobby engagierter Menschen, sondern eine dringende Notwendigkeit." Letztlich gehe es um den demokratischen Zusammenhalt und dringend notwendige Befähigungen zur Gestaltung der Zukunft von Gesellschaft und Wirtschaft, so Wachter.

Der Aussendung der Konferenz der Österreichischen Erwachsenenbildung waren auch bildungsstatistische Kennzahlen aus dem Jahr 2022 beigefügt: Die Einrichtungen der Erwachsenenbildung verzeichneten 4,9 Mio. Unterrichtseinheiten in 158.000 Bildungsveranstaltungen mit 2 Mio. Teilnehmenden und mehr als 800.000 aktiven Nutzerinnen und Nutzern öffentlicher Bibliotheken. Stützen konnte sich dieses breite Bildungsangebot auf 47.000 nebenberufliche Lehrende, 22.000 ehrenamtlich Mitarbeitende und 6.500 Angestellte an österreichweit 5.500 Standorten.

